



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin

Frau
Vera Deleja-Hotko
Open Knowledge Foundation
Singerstraße 109
10179 Berlin

Referat Z14
Justitiariat,
Informationsfreiheitsgesetz,
Geheimchutz

BEARBEITET VON
HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT

TEL +49 (0)3018 555-0
FAX +49 (0)3018 555-1145
E-MAIL poststelle@bmfsfj.bund.de
INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 04.10.2022
GZ 0760/154*06

**Ihr Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vom 05.09.2022
Ihr Zeichen: #258465**

Sehr geehrte Frau Deleja-Hotko,

mit Ihrer E-Mail vom 05. September 2022 beantragen Sie auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) über die Internetplattform fragdenstaat.de beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) amtliche Informationen über

die Summe, die für das Leasing des Dienstwagens von Frau Ministerin Paus ausgegeben wird. Des Weiteren begehren Sie den Leasingvertrag des Dienstwagens von Frau Ministerin Paus.



SEITE 2 Ihrem Antrag kann nicht stattgegeben werden.

Begründung:

Das IFG eröffnet zwar grundsätzlich einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen (vgl. § 1 Abs. 1, S. 1 IFG). Der Anspruch auf Informationszugang kann aber zum Schutz von besonderen öffentlichen Belangen eingeschränkt sein durch das Vorliegen einer Voraussetzung nach den Bestimmungen der §§ 3 bis 6 IFG.

Der Bekanntgabe der Vertragskonditionen steht der Schutz besonderer öffentlicher Belange nach § 3 Nr. 7. IFG, Vertraulichkeitsvereinbarung mit objektiv schutzwürdigem Geheimhaltungsinteresse, entgegen.

In dem Leasingvertrag über den Dienstwagen wurde zwischen den Parteien ausdrücklich vereinbart, dass beide Parteien, die Leasingfirma und das BMFSFJ, verpflichtet sind, über alle Inhalte Stillschweigen zu bewahren und Vertragskonditionen nicht an Dritte zu kommunizieren. Die Fragen über Leasingkonditionen können daher aus Gründen der Vertraulichkeit nicht beantwortet werden. Der Leasingvertrag kann deshalb auch nicht zugesandt werden. Hinzu kommt, dass unter dem Eindruck der aktuellen Krisensituation bedingt durch das akute Kriegsgeschehen in der Ukraine das Bekanntwerden und Veröffentlichen der begehrten Information zu gefährdender Schutzgutbeeinträchtigung führen kann.

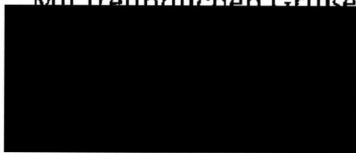


Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Glinkastraße 24, 10117 Berlin schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Abs. 2 VwVfG oder zur Niederschrift zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen





Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Allgemeine Hinweise

Personenbezogene Daten sind alle Angaben, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann - insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung. Personen unter 16 Jahren sollten ohne Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten keine personenbezogenen Daten übermitteln.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen im Sinne der DSGVO

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Telefon: 03018/ 555 - 0
Telefax: 03018/ 555 - 1145
E-Mail: poststelle@bmfsfj.bund.de

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Telefon: 03018/ 555 - 0
E-Mail: datenschutzbeauftragte@bmfsfj.bund.de

Zweck der Verarbeitung

Zu den Aufgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gehört unter anderem die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit und Aufgabenerfüllung des Bundesministeriums für die Öffentlichkeit, darunter auch die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Sie das BMFSFJ anschreiben verarbeitet das BMFSFJ Ihre dabei enthaltenen personenbezogenen Angaben zum Zweck der Erfüllung dieser Aufgaben im Rahmen seiner Zuständigkeit.

Rechtsgrundlage und Löschung

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e, Abs. 2 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Die personenbezogenen Angaben werden gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des BMFSFJ nicht mehr benötigt werden bzw. nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Betroffenenrechte

Soweit Ihre personenbezogenen Angaben vom BMFSFJ verarbeitet werden, sind Sie Betroffene/Betroffener im Sinne der DSGVO. Insoweit haben Sie folgende Rechte gegenüber dem BMFSFJ als Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Darüber hinaus steht Ihnen gemäß Art. 77 DSGVO ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu. Die für das BMFSFJ zuständige Aufsichtsbehörde ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.